„Hass von ganzem Herzen“

Politikwissenschaftler Chalmers Johnson über amerikanische Hegemonialpolitik und Anti-Yankee-Ressentiments

A. KOESTER

Johnson, 70, Ex-Asien-Experte an der Universität Berkeley, während des Kalten Kriegs Berater des CIA und – nach eigener Einschätzung – „Speerspitze“ des Establishments, gilt heute als harscher Kritiker der amerikanischen Hegemonial- und Militärpolitik.

SPIEGEL: Professor Johnson, war das, was in New York und Washington passierte, der „Clash of Civilizations“, der Frontalzusammenstoß zweier Kulturen, den Ihr Kollege Samuel Huntington in seinem gleichnamigen Buch thematisiert hat?

Johnson: Nein, das glaube ich nicht. Es war doch wohl eher das, was ich in meinem Buch „Blowback“ beschrieben habe, in dem es um die Folgen der amerikanischen Empire-Politik geht. Terrorismus ist die Waffe der Schwachen.

SPIEGEL: Trauen Sie sich schon ein erstes Resümee zu?

Johnson: Das Problem ist, dass eine ganze Reihe von Völkern uns Amerikaner von ganzem Herzen hassen und dass sie ein Motiv haben, Ungeheuerlichkeiten gegen Amerika zu begehen. Die USA dehnen ihre Macht bis in den letzten Winkel der Erde aus und zwingen entlegenen Völkern ihr Wirtschaftssystem auf. Ohne Rücksicht auf Schäden, die sie damit anrichten. Selbst unsere Bündnisstaaten aus den Zeiten des Kalten Kriegs behandeln wir noch immer wie Protektorate.

SPIEGEL: Man fragt sich, warum die amerikanischen Geheimdienste wieder mal so ahnungslos waren.

Johnson: Das ist genau der Punkt. Die Milliarden, die für die Raketenverteidigung ausgegeben werden, sollte man lieber in vernünftige Nachrichtenbeschaffung stecken. Was hier geschehen ist, war direkt zurückzuführen auf ein totales Versagen unserer Aufklärung. Genau so wie vor 60 Jahren in Pearl Harbor. Ich frage mich, was machen die eigentlich mit den Milliarden Steuergeldern?

SPIEGEL: Die anderen Dienste sind ja leider auch nicht besser.

Johnson: Nein, und das liegt daran, dass zu viel Geld in Hightech und zu wenig Geld in die klassische Aufklärung investiert wird. Unsere Informationssysteme müssen wieder mehr ihre Augen und Ohren aufmachen und das Gesehene und Gehörte professionell analysieren. Nur so bekommt man den Terrorismus unter Kontrolle.

SPIEGEL: Das ist die Aufgabe der Geheimdienste. Was ist jetzt die Aufgabe der Politik?

Johnson: Wir sollten mit den Provokationen aufhören, und wir sollten uns aus Staaten wie Saudi-Arabien zurückziehen. Unsere Streitkräfte haben 65 große Stützpunkte in anderen Ländern. Das ist doch auch eine Form von Imperialismus.

SPIEGEL: Die Regierung in Washington sagt, sie erfülle damit internationale Verpflichtungen.

Johnson: Nein, die Vereinigten Staaten sind unzuverlässig gegenüber internationalen Verträgen, gegenüber den Vereinten Nationen, selbst gegenüber der Rassismusfrage, wie sich jetzt wieder auf der Konferenz von Durban gezeigt hat. Die Welt bietet den unterdrückten Völkern zurzeit nicht viel Hoffnung. Und es ist die Hoffnungslosigkeit, die Menschen zu solchen fanatischen Handlungen wie in New York und Washington treibt.

SPIEGEL: Hätten Sie sich denn die infernalischen Ausmaße dieses Fanatismus ausmalen können, wie er sich jetzt in Washington und New York dokumentiert hat?

DPA

Konfettiparade am Broadway in New York nach dem Golfkrieg 1991

Johnson: Aber gewiss doch, es ist ja der zweite Anschlag auf das World Trade Center. Was heute passierte, hätte schon vor zehn Jahren passieren können. Das World Trade Center ist das Symbol des amerikanischen Kapitalismus, es hat zum zweiten Mal das Feuer auf sich gezogen. Und das Pentagon ist schließlich auch nicht eben ein unwahrscheinliches Ziel für eine Terrorattacke.

SPIEGEL: Wird dieser terroristische Angriff George Bush’s ABM-Begeisterung beflügeln? Wird sich Amerika militärisch einigeln?

Johnson: Ich weiß es nicht. Aber unsere Regierung ist fanatisch, sie ist versessen auf Raketen, auf die Dämonisierung von China und Nordkorea. Sie muss endlich zu mehr Rationalität in der Politik zurückfinden.

SPIEGEL: Glauben Sie auch, dass Bin Laden für die Attentate verantwortlich ist?

Johnson: Kann sein, aber bedenken Sie, dass die Vereinigten Staaten allein auf Okinawa immerhin 38 Militärbasen haben – was nicht heißt, dass ich Okinawa verdächtige.

SPIEGEL: Müssen die so genannten Schurkenstaaten künftig nicht anders angepackt werden?

Johnson: Wir wissen ja nicht so genau, wer sie sind. Die Staaten, die sich von uns provoziert fühlen, geben das nicht unbedingt bekannt.

SPIEGEL: Henry Kissinger sagte im Fernsehen, die USA würden jetzt so reagieren müssen, wie sie nach Pearl Harbor reagierten. Das würde Krieg bedeuten.

Johnson: Ich fürchte, die amerikanische Öffentlichkeit wird aus dieser Katastrophe die falschen Schlüsse ziehen.

SPIEGEL: Welche Schlüsse?

Johnson: Sie wird eine Militarisierung des öffentlichen Lebens verlangen. Sie wird von der Politik erwarten, dass sie noch mehr Gewalt gegen Leute anwendet, die uns hassen und die wegen unserer globalen Hegemonialpolitik nicht selten auch Grund haben, uns zu hassen. Wir sollten uns fragen: Wo müssen wir denn wirklich militärisch präsent sein auf der Welt? Können wir uns nicht bemühen, weniger Leuten auf der Welt einen Grund zu geben, wütend auf uns zu sein?

SPIEGEL: Zum Beispiel den Globalisierungsgegnern?

Johnson: Ja, da zieht sich ein roter Faden von Seattle bis Genua.

SPIEGEL: Brauchen wir nicht auch mehr internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus in aller Welt?

Johnson: Ja, aber wir brauchen nicht mehr Polizei und mehr Nato-Einsätze. Was wir dringend brauchen, das ist mehr gute Diplomatie.

INTERVIEW: ERICH WIEDEMANN